

## 8 Demokratisierung und Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten online?

Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit richtete sich auf zwei Fragen: (1) Führt das Internet zu einer Demokratisierung massenmedialer Öffentlichkeit? (2) Führt das Internet zu einer Europäisierung massenmedialer Öffentlichkeit? Um diese Fragen empirisch untersuchen zu können, war es notwendig, zunächst auf der theoretischen Ebene folgende drei Konzepte zu klären und diese für eine empirische Untersuchung fruchtbar zu machen: Was macht Öffentlichkeit zu einer *demokratischen* Öffentlichkeit? Wann kann man von einer *europäischen* Öffentlichkeit sprechen? Welche Formen von *Online*-Öffentlichkeit haben sich herausgebildet?

Anhand der Darstellung unterschiedlicher demokratietheoretischer Ansätze wurde demokratische Öffentlichkeit definiert als *ein intermediäres kommunikatives System zwischen Bürgern, kollektiven Akteuren und politischen Repräsentanten, das in demokratischen Gesellschaften der Willens- und Meinungsbildung dient und die Kontrolle der politischen Entscheidungsträger durch die Bürger ermöglicht. Dabei sollte demokratische Öffentlichkeit gekennzeichnet sein durch das Streben nach Legitimation, Responsivität und Verantwortlichkeit auf Seiten der politischen Akteure und nach Partizipation auf Seiten der Bürger.*

Die Gegenüberstellung unterschiedlicher demokratietheoretischer Modelle von Öffentlichkeit hat allerdings gezeigt, dass die Meinungen darüber, wann eine Öffentlichkeit ihre demokratischen Funktionen erfüllt, stark auseinander gehen. Für repräsentativ-liberale Modelle liegt das entscheidende Kriterium in den Zugangsbedingungen zu Öffentlichkeit. Sie sollten sich dadurch auszeichnen, dass sich die Aufmerksamkeit, die einzelnen Akteuren entgegengebracht wird, am Umfang der gesellschaftlichen Interessen orientiert, die sie repräsentieren. Partizipatorisch-liberale Modelle betonen hingegen, dass demokratische Öffentlichkeit in erster Linie zu einem ‚empowerment‘ der Bürger führen müsse, das diese dazu ermutigt und befähigt, aktiv am politischen Prozess teilzunehmen. Für deliberative Öffentlichkeitsmodelle ist vor allem die Art und Weise entscheidend, wie Diskurse in der Öffentlichkeit stattfinden sollten: zwanglos, unabhängig von Macht und Status der Akteure, dialogisch, reziprok, rational, respektvoll und höflich. Demgegenüber legen konstruktivistische Ansätze ihren Schwerpunkt auf das Ergebnis öffentlicher

Kommunikation, das sich in einer Erweiterung der politischen Gemeinschaft durch die Überwindung künstlicher Trennungen zwischen dem öffentlichen und dem privaten Raum zeigen soll. Aus systemtheoretischer Perspektive stellt sich hingegen die Frage nach der demokratischen Performanz von Öffentlichkeiten nicht. Hier werden stärker Strukturfragen im Sinne der Ermöglichung von Selbstbeobachtung und Anschlusskommunikation in der Gesellschaft diskutiert.

Die Einschätzung, ob eine Öffentlichkeit demokratisch ist, hängt damit in erster Linie davon ab, welchen demokratiethoretischen Blickwinkel man einnimmt. Dennoch lässt sich eine Grundvoraussetzung demokratischer Öffentlichkeit benennen, in der sich alle vorgestellten Ansätze – mit Ausnahme des repräsentativ-liberalen Modells – einig sind: *Öffentlichkeit muss einen freien und gleichberechtigten Zugang für unterschiedliche Akteursgruppen aufweisen. Keine Gruppe darf in einer systematischen Weise ausgegrenzt oder hinsichtlich ihrer Möglichkeiten benachteiligt sein, Sichtbarkeit mit ihren Anliegen in der Öffentlichkeit zu erlangen.*

Da das Potential von Online-Öffentlichkeiten in dieser Arbeit nicht ausschließlich an idealtypischen normativen Kriterien gemessen, sondern im Vergleich mit herkömmlichen massenmedialen Öffentlichkeiten eingeschätzt werden sollte, war es notwendig, die Beschaffenheit herkömmlicher massenmedialer Öffentlichkeiten zu diskutieren. Dabei wurde herausgestellt, dass die Medien in ihrer intermediären Funktion zwischen politischen Akteuren und Bürgern nicht als neutrale Verstärker für politische Prozesse fungieren, sondern durch Selektion und Präsentation wie auch über direkte Meinungsäußerungen und Stellungnahmen aktiv in die politischen Aushandlungsprozesse eingreifen. Die Medien selektieren und präsentieren politische Informationen nach spezifischen Kriterien, die insbesondere nicht-prominente und politisch wenig einflussreiche Akteure benachteiligen und sie so in ihren politischen Handlungs- und Einflussmöglichkeiten beschränken. Diese Selektionskriterien bzw. Nachrichtenfaktoren (wie beispielsweise Prominenz und Macht) wurden als Dreh- und Angelpunkte identifiziert, anhand derer sich der Grad der Aufmerksamkeit, der unterschiedlichen Akteuren in herkömmlichen massenmedialen Öffentlichkeiten entgegen gebracht wird, bemisst. An diesen Nachrichtenfaktoren orientieren sich jedoch nicht nur die Medien als Gatekeeper sondern ebenfalls die beiden anderen öffentlichkeitskonstituierenden Akteursgruppen: kollektive politische Akteure und das Publikum.

Dabei wurde hier davon ausgegangen, dass diese Nachrichtenfaktoren bzw. die Nachrichtenwürdigkeit von Meldungen und der dahinter stehenden Akteure nicht eigenmächtig von den Medien festgelegt werden. Sie werden vielmehr aus dem medialen Diskurs selbst heraus bestimmt. In Anlehnung an den Ansatz diskursiver Gelegenheitsstrukturen wurden drei Mechanismen beschrieben, die maßgeblich den Einfluss bestimmen, den Akteure im medialen Diskurs erlangen können. Dabei handelt es sich erstens um die Sichtbarkeit eines Akteurs im medialen Diskurs, zweitens um die Resonanz anderer politischer Akteure und des Publikums auf diese Sichtbarkeit und drittens um den Legitimationsanspruch, den diese dem Akteur zugestehen oder verweigern. Dementsprechend wurde mediale Öffentlichkeit als ein komplexes Interaktionssystem beschrieben, dessen Konstitution nicht nur durch die Medien als Gatekeeper und deren Austauschverhältnis mit politischen Akteuren bestimmt wird, sondern ebenso durch die Interaktion zwischen den politischen Akteuren, die – in Antizipation des Publikums – als Sprecher Sichtbarkeit erlangen.

Bei der Frage, was eine europäische Öffentlichkeit ausmacht, zeigte die Darstellung der Diskussion ein fast noch heterogeneres Bild als bei der Frage nach dem Kern einer demokratischen Öffentlichkeit. In dieser Arbeit wurde die Annahme vertreten, dass sich europäische Öffentlichkeit primär als eine Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten darstellt. Die Konzeption europäischer Öffentlichkeit bezieht sich somit auf die Leistung der nationalen Medien, europäische Akteure und Themen in den nationalen medialen politischen Diskurs einzubeziehen. Der Grad einer Europäisiertheit nationaler Öffentlichkeiten kann dabei nur in einem relationalen Sinn bestimmt werden, der sich aus dem Verhältnis ausländischer und transnationaler europäischer Bezüge zu nicht-europäischen ausländischen oder transnationalen Bezügen sowie zu den nationalen Bezügen innerhalb eines Landes ergibt.

Außerdem wurde betont, dass zusätzlich die demokratische Qualität europäisierter nationaler Öffentlichkeiten durch den Grad der Inklusion unterschiedlicher politischer Akteursgruppen zu bestimmen ist. Auf diese Weise können Aussagen über die demokratiethoretisch wichtige partizipative Leistungsfähigkeit europäischer Öffentlichkeiten getroffen werden. Während sich die meisten anderen Konzeptionen europäischer Öffentlichkeit in erster Linie darauf konzentrieren, wie sich europäisierte Kommunikation inhaltlich gestalten sollte, um die

demokratische Performanz europäisierter nationaler Öffentlichkeiten zu bestimmen, wurde hier die Frage in den Vordergrund gerückt, welche Akteure daran teilhaben.

Auf der Grundlage des erarbeiteten Verständnisses massenmedialer Öffentlichkeiten wurde ein theoretischer Zugang zu Online-Öffentlichkeiten entwickelt, der die Nutzerseite, die Angebotsseite und die strukturellen Besonderheiten des Internet berücksichtigt und der empirischen Untersuchung zugrunde gelegt wurde. Aus der Diskussion der theoretischen Debatte um das demokratische und grenzüberschreitende Potential von Online-Öffentlichkeiten und insbesondere empirischer Arbeiten wurde die Notwendigkeit abgeleitet, das Internet als einen Raum neuer kommunikativer Interaktion zu begreifen, der mehr ist als eine Ansammlung einzelner Webseiten. Die Potentiale des Internet, die Strukturen medialer Öffentlichkeit zu verändern, können allein durch die isolierte Betrachtung einzelner Webseiten oder Nutzerstatistiken nicht adäquat untersucht werden. Vor allem bleiben bei dieser Betrachtungsweise wirklich neue und internetspezifische Formen von Online-Öffentlichkeit, die mehr sind als Online-Versionen von herkömmlichen Öffentlichkeiten, unberücksichtigt. In der Konsequenz wurde danach gefragt, wie das Internet zur politischen Information genutzt wird, wenn sich Menschen – ähnlich wie in den herkömmlichen Massenmedien – über politische Themen informieren wollen und dabei an Informationen zu einem bestimmten Thema oder einer Diskussion aus der Perspektive verschiedener Akteure interessiert sind. Suchmaschinen und Hyperlinks wurden dabei als zwei der zentralen Selektionsmechanismen im nahezu endlosen Kommunikationsraum des Internet hervorgehoben.

Suchmaschinen stellen einen Ausschnitt aus den zahllosen Online-Angeboten hinsichtlich eines vom Nutzer definierten Suchbegriffs zusammen. So fungieren Suchmaschinen als Gatekeeper, die Zugang zu einem bestimmten Teil des Internet in systematischer Weise ermöglichen, indem sie einen bestimmten Teil der ‚Online-Realität‘ nach spezifischen Kriterien für den Nutzer abbilden bzw. zusammenstellen. Sie erzeugen in diesem Sinne öffentlich zugängliche kommunikative und informative Räume zu bestimmten Themen, die als eine neue internetspezifische Form von Öffentlichkeit bezeichnet werden können. Ähnlich strukturieren Hyperlinks kommunikative Bezugsräume, indem sie Netzwerke von untereinander verlinkten Webseiten bilden. In diesem Fall agieren die politischen Akteure selbst als Gatekeeper, da sie maßgeblich die Struktur dieser Netzwerke durch ihre Entscheidung beeinflussen, wen sie durch einen Hyperlinkverweis einbeziehen und wen nicht.

Diese beiden Formen von internetspezifischer Aufmerksamkeitsstrukturierung wurden als vertikale hierarchische Selektion durch Suchmaschinen und als horizontale Netzwerkselektion durch Hyperlinks bezeichnet und zum Gegenstand der empirischen Untersuchung gewählt.

Im Hinblick auf die beiden hier interessierenden Forschungsfragen wurden in Anlehnung an die entsprechende wissenschaftliche Diskussion sechs Arbeitshypothesen als Orientierungsmarken für die Interpretation der empirischen Ergebnisse formuliert (vgl. Abschnitt 5.3). Zur Überprüfung dieser Hypothesen wurden zwei unterschiedliche Untersuchungen durchgeführt.

Erstens wurden die öffentlichen Kommunikationsräume, die im Internet durch Suchmaschinen zu politischen Themen strukturiert werden, analysiert. Das Untersuchungsdesign war vergleichend angelegt und umfasste sechs Länder und sieben Politikfelder. Zusätzlich wurde die Berichterstattung zu den ausgewählten Politikfeldern in den Untersuchungsländern als Vergleichsmaßstab herangezogen. Die durch Suchmaschinen gefundenen Texte und die Zeitungsartikel wurden durch eine Claimanalyse u.a. dahingehend untersucht, welchen Akteuren es im Internet und welchen es in den Zeitungen gelingt, besondere Sichtbarkeit mit ihren politischen Positionen, Anliegen und Forderungen zu erlangen.

Zweitens wurde der öffentliche Kommunikationsraum untersucht, der durch Hyperlinkverbindungen zwischen den Webseiten unterschiedlicher Akteure entsteht. Diese Studie war ebenfalls vergleichend angelegt und umfasste sieben Länder und drei Politikbereiche. Da es zu Öffentlichkeiten, die durch Hyperlinks entstehen, keine äquivalenten herkömmlichen massenmedialen Öffentlichkeiten gibt, war ein Medienvergleich hier nicht möglich. Die Untersuchung konzentrierte sich deshalb auf die Frage, wie die Chancen, massenmediale Sichtbarkeit zu erlangen, zum einen zwischen unterschiedlichen Akteursgruppen und zum anderen zwischen Akteuren mit verschiedenen geographischen Bezügen verteilt sind.

Das Fazit der empirischen Untersuchungen lautet: Die beiden untersuchten Formen von Online-Öffentlichkeit weisen klare hierarchische Aufmerksamkeitsstrukturen auf. Die Akteure des politischen Zentrums haben deutlich bessere Chancen, Sichtbarkeit in der politischen Diskussion zu erlangen als Akteure der politischen Peripherie. Die aus normativer

Sicht notwendige – wenn auch nicht hinreichende – Bedingung demokratischer Öffentlichkeit eines gleichberechtigten Zugangs ist somit nicht erfüllt. Beide Formen von Online-Öffentlichkeit konzentrieren sich in erster Linie auf die nationalen Kommunikationsräume. Nationale Akteure aus den jeweiligen Untersuchungsländern sind deutlich häufiger vertreten als transnationale oder ausländische Akteure. Wenn transnationale Kommunikationsbezüge hergestellt werden, sind nicht-europäische allerdings tendenziell wichtiger als europäische. Bei europäisierten Bezügen sind vertikale Formen einer Europäisiertheit teilweise deutlich stärker ausgeprägt als horizontale. Europäische Bezüge werden somit hauptsächlich über Akteure hergestellt, die auf einer transnationalen europäischen Ebene agieren und kaum über Bezüge zu nationalen Akteuren aus anderen europäischen Mitgliedsstaaten. Aus demokratiethoretischer Perspektive ist dabei besonders problematisch, dass im Rahmen stark vertikal europäisierter Diskurse zivilgesellschaftliche Akteure – und darunter vor allem transnationale europäische – so gut wie keine Rolle spielen, sondern diese Diskurse stärker von staatlichen Akteuren dominiert werden, als weniger europäisierte Diskurse. Da die Unterschiede zwischen den untersuchten Ländern in Bezug auf die Zugangsoffenheit für unterschiedliche Akteursgruppen und für Akteure mit verschiedenen geographischen Bezügen gering sind, kann davon ausgegangen werden, dass es sich hier nicht um flüchtige Muster, sondern um relativ stabile Strukturen handelt, die sich in beiden Formen von Online-Öffentlichkeit herausgebildet haben.

Die Arbeitshypothesen, an deren Überprüfung sich die empirische Untersuchung orientierte, wurden dementsprechend allesamt nicht bestätigt. Die Aufmerksamkeitsverteilung in Online-Öffentlichkeiten, die sich über Suchmaschinen konstituieren, ist beinahe ebenso hierarchisch strukturiert wie jene in Zeitungen: zivilgesellschaftliche Akteure sind im Vergleich zu staatlichen Akteuren systematisch benachteiligt, wenn es darum geht, wer mit seinen Positionen und Forderungen Sichtbarkeit im Internet erlangt. Damit sind Online-Öffentlichkeiten nicht demokratischer als herkömmliche massenmediale Öffentlichkeiten, da sie unterschiedlichen Akteursgruppen keinen gleichberechtigten Zugang bzw. nicht die gleichen Chancen gewähren, tatsächlich Aufmerksamkeit zu erlangen (Arbeitshypothese 1). Nur in drei der sechs untersuchten Länder bot das Internet zivilgesellschaftlichen Akteuren im Internet etwas bessere Chancen, massenmediale Sichtbarkeit mit ihren Anliegen zu erlangen als die Zeitungen – dies allerdings nur auf einem sehr geringen Niveau. Dass die Unterschiede zwischen Online- und Offline-Öffentlichkeiten so gering sind, ist vor allem darauf zurückzuführen, dass auch im Internet die Medien die wichtigsten Informationsanbieter sind.

Die Hoffnungen, dass das Internet insbesondere gering institutionalisierten Akteuren die Möglichkeit böte, die Bürger direkt zu erreichen, werden demnach enttäuscht. Vielmehr sind die Akteure im Internet ebenfalls zu einem bedeutenden Teil darauf angewiesen, dass die Medien über sie berichten. Selbst wenn es politischen Akteuren gelingt, als Anbieter im Internet über Suchmaschinen Sichtbarkeit zu erlangen, ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie über Akteure des politischen Zentrums berichten, wesentlich höher, als dass sie Akteuren der politischen Peripherie Beachtung schenken. Bis jetzt haben sich die massenmedialen Aufmerksamkeitsstrukturen im Internet somit nicht grundsätzlich verändert. Sie haben sich vielmehr weitgehend denen herkömmlicher massenmedialer Öffentlichkeiten angeglichen.

Entgegen der Arbeitshypothese 2 weisen Online-Öffentlichkeiten, die sich über Suchmaschinen konstituieren, keinen höheren Grad an Europäisierung auf als herkömmliche massenmediale Öffentlichkeiten. Dies gilt sowohl hinsichtlich einer vertikalen als auch einer horizontalen Europäisierung. Obwohl es einigen ausländischen und transnationalen Akteuren gelingt, als Anbieter Sichtbarkeit zu erlangen, sind horizontale Kommunikationsbezüge, innerhalb derer nationale Akteure aus anderen EU-Mitgliedsländern als Claimants auftreten, in Zeitungen tendenziell sogar häufiger zu finden als in Online-Öffentlichkeiten. Wenn Akteure aus anderen EU-Ländern im Internet mit ihren Forderungen oder Positionen auftreten, so sind dies vor allem solche Akteure, die aus Ländern kommen, in denen dieselbe Sprache gesprochen wird wie im jeweiligen Untersuchungsland. Erst an zweiter Stelle wird das Kriterium des politischen Gewichts eines Landes wirksam. In den Zeitungen ist dieses Kriterium hingegen ausschlaggebend, während die sprachliche Kongruenz irrelevant ist. Online-Öffentlichkeiten fördern somit zwar grenzüberschreitende Kommunikation zwischen denselben Sprachräumen. Sprachgrenzen werden durch das Internet jedoch kaum überwunden, obwohl die Möglichkeiten eines multilingualen Informationsangebots hier wesentlich besser sind als in herkömmlichen Massenmedien.

Auch wenn das Internet zivilgesellschaftlichen Akteuren teilweise etwas bessere Chancen auf massenmediale Sichtbarkeit bietet als die Zeitungen, konnte Arbeitshypothese 3 ebenfalls nicht bestätigt werden. Wie in den Zeitungen spielen zivilgesellschaftliche Akteure in europäisierten Online-Diskursen so gut wie keine Rolle. Dies gilt vor allem für transnationale europäische zivilgesellschaftliche Akteure, denen es – im Gegensatz zu nicht-europäischen transnationalen zivilgesellschaftlichen Akteuren – überhaupt nicht gelingt, durch das Internet die Öffentlichkeit mit ihren Anliegen zu erreichen. Auch im Internet zeigt sich das

Öffentlichkeitsdefizit der EU somit weniger als ein Mangel an europäisierten Kommunikationsbezügen, sondern vielmehr in der völligen Irrelevanz, die europäischen zivilgesellschaftlichen Akteuren in diesen Diskursen zukommt.

Online-Öffentlichkeiten, in denen Aufmerksamkeit durch Hyperlinkverweise zwischen den Akteuren strukturiert wird, weisen ebenfalls klare hierarchische Aufmerksamkeitsstrukturen auf, so dass auch Arbeitshypothese 4 nicht bestätigt werden konnte. Selbst wenn keine zentrale Instanz wie Medienakteure (aufgrund von Nachrichtenwerten) oder Suchmaschinen (aufgrund von Algorithmen) entscheidet, wem Aufmerksamkeit gebührt, sondern sich die Gesamtstruktur aus den Entscheidungen vieler einzelner politischer Akteure ergibt, richtet sich der Kommunikationsraum in erster Linie nach dem politischen Zentrum aus. Dabei tragen nicht nur das politische Zentrum selbst oder die Medien als verlinkende Akteure zu dieser hierarchischen Aufmerksamkeitsverteilung bei, sondern gleichermaßen die zivilgesellschaftlichen Akteure.

Entgegen Arbeitshypothese 5 ist der Grad einer europäischen Transnationalisiertheit in Online-Öffentlichkeiten, in denen Aufmerksamkeit durch Hyperlinkverweise strukturiert wird, nicht höher als der einer nicht-europäischen Transnationalisiertheit. Bestimmt wurde der Europäisierungsgrad auf zwei Ebenen; zum einen wurden die Top Level Domains (TLDs) aller Hyperlinks untersucht, die auf den Webseiten der ausgewählten Akteure gefunden wurden, zum anderen die Hyperlinkverweise, die zwischen diesen Webseiten gefunden wurden. Die Analyse der TLDs hat zunächst gezeigt, dass länderspezifische TLDs – außer der jeweiligen landeseigenen – (z.B.: *.de* oder *.it*) im Vergleich zu allgemeinen TLDs (z.B.: *.com* oder *.org*) deutlich seltener sind. Außerdem wiesen in der Mehrzahl der Länder weniger der Hyperlinks auf andere EU-Mitgliedsländer als auf Länder, die keine Mitglieder der EU sind. Somit kann nicht davon ausgegangen werden, dass der Grad einer horizontalen Europäisiertheit höher ist als andere Formen horizontaler Transnationalisierung. Allerdings konnte nicht bestimmt werden, welche Akteure sich hinter Hyperlinks verbergen, die auf allgemeine TLDs wie beispielsweise *.org* verweisen, wodurch sich eine abschließende Beurteilung verbot. Eindeutig waren hingegen die Ergebnisse, die sich aus der Untersuchung der Hyperlinkverbindungen zwischen den ausgewählten Akteuren ergeben haben. Die Aufmerksamkeit konzentriert sich in erster Linie auf Akteure aus dem eigenen Land. Bei grenzüberschreitenden Hyperlinkverweisen sind solche zu transnationalen europäischen Akteuren deutlich wichtiger als solche zu nationalen Akteuren aus anderen EU-



Mitgliedsländern. Damit befördert das Internet zwar kommunikative Bezüge zwischen der nationalen und der transnationalen europäischen Ebene, jedoch kaum solche zwischen den verschiedenen EU-Mitgliedsländern. Auch wenn ein relativ hoher Grad an vertikaler Europäisiertheit durch Hyperlinks vorliegt, sind Verweise zu nicht-europäischen transnationalen Akteuren jedoch noch wichtiger als solche zu EU-Akteuren.

Schließlich zeigte sich auch in Online-Öffentlichkeiten, die durch Hyperlinks entstehen, dass transnationale europäische zivilgesellschaftliche Akteure so gut wie keine Rolle spielen, während andere transnationale zivilgesellschaftliche Akteure sich durchaus einer beachtlichen Aufmerksamkeit erfreuen. Arbeitshypothese 6 wurde somit wie alle anderen nicht bestätigt. Vielmehr zeigt sich einmal mehr, dass europäisierte Öffentlichkeiten einen deutlich exklusiveren und elitäreren Charakter aufweisen als nicht-europäisierte und zwar sowohl als nationale wie auch als andere transnationale Formen von Öffentlichkeit.

Was lässt sich aus diesen Befunden hinsichtlich der verschiedenen Konzepte und Aspekte ableiten, die im theoretischen Teil dieser Arbeit diskutiert wurden?

Zunächst soll aufgezeigt werden, wie die Ergebnisse im Licht der unterschiedlichen normativen Konzepte demokratischer Öffentlichkeit zu bewerten sind. Wie gezeigt wurde, ist ein gleichberechtigter Zugang zu massenmedialer Sichtbarkeit auch in Online-Öffentlichkeiten nicht gegeben. Damit wird die Grundbedingung der meisten demokratiethoretischen Öffentlichkeitsmodelle nicht realisiert. Nur aus der Perspektive repräsentativ-liberaler Theorien können die untersuchten Formen von Online-Öffentlichkeit als demokratisch bezeichnet werden. Das Kernstück repräsentativ liberaler Modelle sind die Zugangsbedingungen zu Öffentlichkeit. Der Zugang soll sich für unterschiedliche politische Akteure in Abhängigkeit vom Umfang der durch sie repräsentierten gesellschaftlichen Interessen gestalten. In der Konsequenz sollen öffentliche Diskurse somit in erster Linie durch die politischen Eliten bestimmt sein. Sowohl in Online-Öffentlichkeiten durch Suchmaschinen als auch durch Hyperlinks wird dieses Kriterium erfüllt: Die größte Aufmerksamkeit erhält das politische Zentrum.

Ganz anders sieht es bei partizipatorisch-liberalen Modellen von Öffentlichkeit aus. Eine demokratische Öffentlichkeit soll hier zu einer Maximierung der Bürgerbeteiligung an Prozessen der politischen Willens- und Meinungsbildung führen. Wie die Untersuchung

jedoch gezeigt hat, sind in beiden Formen der untersuchten Online-Öffentlichkeiten staatliche Akteure und politische Parteien, denen partizipatorisch-liberale Ansätze mit Misstrauen begegnen, am stärksten vertreten. Bürgerbewegungen und andere zivilgesellschaftliche Akteure, von denen partizipatorisch-liberale Ansätze erwarten, dass sie die Bürger am besten dazu befähigen könnten, ihre Interessen zu artikulieren und dafür einzutreten, spielen eine vergleichsweise deutlich geringere Rolle. Außerdem zeigte sich, dass eine direkte Beteiligung der Bürger, die das Internet technisch problemlos ermöglicht (z.B. durch Foren, Chats, Protest- oder sonstige Aufrufe zu zivilgesellschaftlichem Handeln), irrelevant ist.

Eine Einschätzung, inwieweit die untersuchten Online-Öffentlichkeiten den Anforderungen deliberativer Modelle demokratischer Öffentlichkeit gerecht werden, gestaltet sich durch die Art der durchgeführten Untersuchungen schwieriger. Das entscheidende Kriterium ist hier die Art und Weise, in der öffentliche Diskurse und Debatten ausgetragen werden. Neben der – hier nicht erfüllten – Bedingung einer freien Zugänglichkeit der Öffentlichkeit muss eine demokratische Öffentlichkeit sich zwanglos, unabhängig von Macht und Status der Akteure, dialogisch, reziprok, rational, respektvoll und höflich gestalten. Die inhaltliche Dimension der Kommunikation wurde hier nicht untersucht, sondern nur die Akteure, die an den Debatten teilhaben. Trotzdem kann davon ausgegangen werden, dass beide Formen von Online-Öffentlichkeiten drei der erforderlichen Eigenschaften der Kommunikation wohl nicht erfüllen: nämlich eine dialogische und eine reziproke Kommunikation sowie deren Unabhängigkeit von Macht und Status der Akteure. Dass Macht und Status eine zentrale Rolle spielen, wurde mehrfach dargestellt. Um die Wahrscheinlichkeit einer dialogischen und reziproken Kommunikation einschätzen zu können, muss man sich die Struktur der untersuchten Online-Öffentlichkeiten vergegenwärtigen. Eine dialogische und reziproke Kommunikation setzt einen gewissen abgrenzbaren Kommunikationsraum voraus. Akteure können nur dann auf die Argumente anderer Akteure eingehen, wenn sie diese Argumente kennen und in einem gemeinsamen Kommunikationsraum agieren. In herkömmlichen massenmedialen Öffentlichkeiten existiert solch ein Kommunikationsraum durch journalistische Konventionen, indem die Medienakteure Aussagen unterschiedlicher politischer Akteure zueinander in Bezug setzen. In der Beobachtung der Medien können sich die Akteure somit ein Bild über die Meinungen und Handlungen der anderen Akteure machen und direkt darauf Bezug nehmen. Online-Öffentlichkeiten durch Suchmaschinen leisten eine solche Form der Strukturierung nicht. Die von den Suchmaschinen gefundenen und platzierten Texte stehen in den meisten Fällen in keinem direkten Bezug – außer dem des

thematischen – zueinander. Es ist den Verfassern der Texte im Normalfall nicht möglich einzuschätzen, mit welchen anderen Texten sie in den Ergebnislisten der Suchmaschinen Sichtbarkeit erlangen. Dass zwei Texte, die besondere Sichtbarkeit in den Suchmaschinenlisten erhalten, direkte Bezüge zueinander aufweisen, wird eher die Ausnahme als die Regel sein. Der Nutzer muss die Einordnung der vorgefundenen Aussagen in den Diskurs überwiegend selbst vornehmen. Online-Öffentlichkeiten durch Hyperlinks sind hingegen vorwiegend akteursbezogen und weniger kommunikationsbezogen, da hier in den meisten Fällen keine Texte oder Positionen über Hyperlinks zueinander in Bezug gesetzt werden, sondern die gesamten Webseiten unterschiedlicher Akteure.

Die Frage nach einer Reziprozität oder Diskursivität des gesamten Kommunikations- und Informationsraumes, der durch Suchmaschinen entsteht, geht somit an den Konstitutionsbedingungen dieser Form von Online-Öffentlichkeit vorbei. Untersucht werden könnte jedoch, inwieweit die Akteure diese Art der Kommunikation und Information innerhalb der gefundenen Texte pflegen. Im Rahmen dieser Arbeit waren Kommunikationsstile allerdings nicht Gegenstand der Analyse, da das Anliegen darin bestand, die grundsätzlichen Strukturen von Online-Öffentlichkeiten zu erfassen. Hierzu war eine breit angelegte vergleichende Untersuchung notwendig, die verschiedene Politikbereiche, mehrere Länder und neben dem Internet auch herkömmliche Medien umfasste. Eine zusätzliche qualitative Untersuchung konnte wegen des hohen Arbeitsaufwandes nicht durchgeführt werden. Dennoch lassen sich einige Vermutungen über die Art des dominanten Kommunikations- und Informationsstils formulieren. Die Mehrzahl der Anbieter sind Medienakteure. Es ist nicht anzunehmen, dass die Texte, die Medien online veröffentlichen, in ihren grundsätzlichen strukturellen Merkmalen von den Texten abweichen, die sie offline veröffentlichen. Die Texte können aufgrund der größeren Platzressourcen zwar umfangreicher oder wegen der deutlich kürzeren Produktionswege aktueller sein. Es gibt allerdings kaum Gründe, weshalb sich die Kriterien der Nachrichtenauswahl unterscheiden sollten. Aus der Perspektive deliberativer Öffentlichkeitsmodelle ist vielmehr anzunehmen, dass auch in der Mehrzahl der gefundenen Online-Texte eine vermachtete Öffentlichkeit ihren Ausdruck findet. Weiter wurde gezeigt, dass selbst dann, wenn die politischen Akteure als Anbieter auftreten, sich ihre Auswahl der Akteure, über die sie berichten oder auf die sie sich beziehen, scheinbar an ähnlichen Kriterien orientiert wie die der herkömmlichen Medien.

Für konstruktionistische Öffentlichkeitsmodelle zeichnet sich eine demokratische Öffentlichkeit dadurch aus, dass keine künstliche Trennung zwischen dem Privaten und dem Politischen besteht. Öffentlichkeit solle nicht nur allen politischen Akteursgruppen eine Plattform bieten, sondern insbesondere auch einzelnen Bürgern als Betroffenen. Der Sinn von Öffentlichkeit liege vor allem darin, den politischen Raum unaufhörlich durch neue Ideen, Meinungen und Gruppen zu erweitern. Das Internet könnte es theoretisch wie keines der bisherigen Massenmedien ermöglichen, dass auch nicht organisierte Akteure bzw. einzelne Bürger über ihre Webseite massenmediale Aufmerksamkeit mit ihren Anliegen erlangen. Die empirische Untersuchung von Online-Öffentlichkeiten, die sich durch Suchmaschinen konstituieren, hat jedoch gezeigt, dass Privatpersonen und andere nicht organisierte Akteure im Internet weder als Anbieter noch als Claimants eine relevante Sichtbarkeit erlangen.

Hinsichtlich einer europäischen Öffentlichkeit bzw. europäisierter nationaler Öffentlichkeiten zeigt sich für Online-Öffentlichkeiten, dass das Problem weniger darin liegt, dass solche Europäisierungstendenzen nicht zu beobachten wären, sondern vielmehr in ihren exklusiven Zügen.<sup>186</sup> Mehr noch als die nationalen Debatten werden europäisierte Debatten von staatlichen Akteuren dominiert. Nationale zivilgesellschaftliche Akteure haben kaum eine Chance, daran teilzunehmen. Transnationale europäische zivilgesellschaftliche Akteure spielen überhaupt keine Rolle. In der Konsequenz führt eine zunehmende Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten in der bisher zu beobachtenden Form somit auch im Internet zu einer Verstärkung der zwischen unterschiedlichen politischen Akteursgruppen ungleich verteilten Chancen, über die Öffentlichkeit den politischen Prozess zu beeinflussen.

Können aus den gewonnenen Erkenntnissen über die Aufmerksamkeitsstruktur, die sich in Online-Öffentlichkeiten herausgebildet haben, grundsätzliche Einschätzungen über die Konstitutionsbedingungen massenmedialer Öffentlichkeit abgeleitet werden? Hoffnungen, das Internet werde zu demokratischeren oder stärker europäisierten Formen von Öffentlichkeit führen als die herkömmlichen Massenmedien, gründen meist auf der Annahme, dass das Internet politischen Akteuren die Möglichkeit böte, das Publikum bzw. die Bürger direkt – und vor allem unabhängig von den verzerrenden Selektionsmechanismen der Massenmedien – zu erreichen. Implizit wird hierbei davon ausgegangen, dass die herkömmlichen Medien die Strukturen medialer Öffentlichkeit eigenmächtig determinierten und systematisch bestimmte Akteursgruppen – insbesondere zivilgesellschaftliche oder

---

<sup>186</sup> Innerhalb des Europub-Projekts wurde dies bei Offline-Öffentlichkeiten ebenfalls festgestellt (Europub 2005, vgl. auch Abschnitt 3.2).

ausländische Akteure – benachteiligten. Könnten die Medien umgangen werden, würde sich dem Interesse des Publikums und der politischen Akteure entsprechend eine stärker ausgewogene Zusammensetzung der Akteure in den öffentlich wahrgenommenen politischen Diskursen ergeben.

Wie die vorliegende Untersuchung jedoch gezeigt hat, ist dies nicht der Fall. Öffentlichkeiten, die nicht über Medienakteure als zentrale Instanzen hergestellt werden (wie bei Presse, Fernsehen oder Rundfunk), sondern sich unabhängig von den Medien nur durch das Nutzerverhalten sowohl auf Seiten des Publikums bzw. der Bürger als auch auf Seiten der politischen Akteure konstituieren, weisen mehr oder weniger die gleiche Aufmerksamkeitsverteilung auf wie die untersuchten herkömmlichen massenmedialen Öffentlichkeiten. Bei Öffentlichkeiten durch Suchmaschinen ist dies zum einen dadurch zu erklären, dass hier herkömmliche Medienanbieter die wichtigsten Informationsanbieter sind. Zum anderen verteilen aber auch die politischen Akteure, denen es gelingt, mit ihren Webseiten als Informationsanbieter Sichtbarkeit zu erlangen, ihre Aufmerksamkeit nach ähnlichen Kriterien wie die Medienakteure. Gleichzeitig scheint es so, als ob sich auch die Nutzer an diesen ähnlichen Kriterien orientierten, da die Selektion der Texte, die Suchmaschinen als besonders relevant zu einem Suchbegriff zusammenstellen u.a. durch die Häufigkeit bestimmt wird, mit der die Texte von den Nutzern bei vorherigen Suchen ausgewählt wurden. Damit scheint sich die in Kapitel 2 angenommene Bedeutung von Nachrichtenfaktoren für die Konstitution massenmedialer Öffentlichkeiten zu bestätigen und zwar in dem Sinne, dass nicht nur die Medien ihre Selektion nach bestimmten Nachrichtenfaktoren durchführen, sondern sich auch die politischen Akteure und das Publikum von diesen Nachrichtenfaktoren leiten lassen. Zwar wurde in dieser Arbeit die Bedeutung von Nachrichtenfaktoren nicht getestet, doch es wurde gezeigt, dass die Grundmuster der Aufmerksamkeitsverteilung in Online- und in Offline-Öffentlichkeiten dieselben sind. Dies legt die Vermutung nahe, dass sich die Selektion an ähnlichen Kriterien orientiert.

Weiter lässt sich auf der Grundlage der Ergebnisse die Vermutung erhärten, dass die Medien den Nachrichtenwert einer Meldung bzw. des dahinter stehenden Akteurs nicht autonom bestimmen und damit die Aufmerksamkeitsstrukturen medialer Öffentlichkeit selbstbestimmt determinieren. Vielmehr bilden und reproduzieren sich diese Strukturen in einem fortwährenden Interaktionsprozess *zwischen* den Medien, den politischen Akteuren und dem

Publikum. Wären die Medien die alles entscheidende Kraft, die – ohne Rücksicht auf tatsächliche Macht- und Interessenverhältnisse im politischen Prozess – die öffentliche Aufmerksamkeit ausschließlich nach eigenen Präferenzen lenkten, dann wäre ein ‚Befreiungsschlag‘ der politischen Akteure und des Publikums im Internet zu erwarten gewesen. Zum einen würden in diesem Fall die Medien kaum eine Rolle in Online-Öffentlichkeiten spielen, da sie sowohl vom Publikum als auch von den politischen Akteuren umgangen werden könnten. Zum anderen würde sich die Verteilung der Aufmerksamkeit deutlich von der in den herkömmlichen Medien unterscheiden. Beides ist nicht der Fall.

Die Chancen verschiedener politischer Akteure, den politischen Prozess über ihre Präsenz in massenmedialen Öffentlichkeiten beeinflussen zu können, hängen demnach nicht nur von den Medien ab, sondern insbesondere auch von der Resonanz, die ihnen andere politische Akteure entgegenbringen. Damit bestätigen sich die Annahmen, dass die Sichtbarkeit politischer Akteure in massenmedialen Öffentlichkeiten zwar ihren Ausdruck in der Berichterstattung der Medien findet, die Medien sich aber vorwiegend daran orientieren, welche politischen Akteure Resonanz bei anderen politischen Akteuren und beim Publikum mit ihren Äußerungen und Handlungen erzielen.

Abschließend lassen sich aus der Diskussion der empirischen Ergebnisse einige Hypothesen ableiten, die einen weiteren Forschungsbedarf signalisieren:

- *Der Einfluss des Internet auf politische Öffentlichkeit hängt in erster Linie von der Art und Weise ab, wie die neue Technik sozial angeeignet wird. Es gibt keinen technischen Automatismus. Vielmehr wird die neue Technik gemäß der Handlungslogik des sozialen Systems Öffentlichkeit verwendet und integriert.*

Die vorgefundenen Strukturen von Online-Öffentlichkeiten entsprechen nicht dem hierarchiefreien und transnationalen technischen Charakter des Internet, sondern den Strukturen herkömmlicher massenmedialer Öffentlichkeiten. Damit kann diese Hypothese in Bezug auf die hier untersuchten Aspekte von Online-Öffentlichkeit als bestätigt gelten. Allerdings stellt diese Arbeit lediglich eine erste Einschätzung dar, die weiterer empirischer Überprüfung bedarf. Insgesamt wurde ein Beitrag dazu geleistet, neue Formen von Öffentlichkeit im Internet konzeptionell und empirisch greifbar zu machen. Da es bisher so gut wie keine empirischen Untersuchungen dieser spezifischen Kommunikationsräume gab, war es notwendig, zunächst ihre grundsätzlichen Strukturmerkmale zu untersuchen. Daraus ergab sich die Notwendigkeit einer umfassend angelegten, quantitativen Untersuchung mit

verschiedenen Vergleichsebenen. Im nächsten Schritt wären stärker qualitativ ausgerichtete Studien notwendig, um mehr über die Besonderheiten von Online-Öffentlichkeiten zu erfahren. Einige Studien wurden schon durch das hier vorgeschlagene Vorgehen inspiriert; so ein Gutachten für den Deutschen Bundestag über die Besonderheiten netzbasierter politischer Kommunikation am Beispiel des Genfood-Diskurses (Rucht et al. 2004) und eine Studie über die Debatte um die Humangenomforschung (Gerhards/Schäfer 2006). Beide Studien sind als Vergleich zwischen Internet- und Zeitungs-Öffentlichkeiten angelegt und kommen zu ähnlichen Ergebnissen wie die hier vorliegende Untersuchung: Die Unterschiede zwischen beiden Formen von Öffentlichkeiten sind erstaunlich gering. Beide Studien konzentrieren sich auf einzelne Themen und sind somit in der Lage, die Art und Weise der öffentlichen Kommunikation im Internet auch auf qualitativer inhaltlicher Ebene derjenigen in Offline-Öffentlichkeiten gegenüberzustellen. So zeigt beispielsweise die Untersuchung von Rucht et al. (2004), dass Online-Öffentlichkeiten durch Suchmaschinen zu einer stärkeren Fragmentierung von Öffentlichkeit führen können. Durch die Auswahl der Suchbegriffe werden vorhandene Sichtweisen und Positionen eher gestärkt als mit gegenteiligen Äußerungen konfrontiert.<sup>187</sup> Weitere Forschung in dieser Richtung ist notwendig, um zu einem konsistenteren Bild über die Eigenschaften von Online-Öffentlichkeiten zu gelangen. Auch wären Studien, die einen Längsschnittcharakter aufweisen, sinnvoll, um die Entstehung und Entwicklung politischer Diskurse im Internet zu untersuchen. Ein interessanter Ansatz wäre außerdem, das Austauschverhältnis zwischen herkömmlichen und Online-Öffentlichkeiten zu analysieren.

Aus der Annahme, dass die Nutzung des Internet maßgeblich bestimmt sei durch die Handlungslogiken des gesellschaftlichen Systems, in dem sie genutzt wird, ergibt sich folgende Hypothese:

- *Je stärker das Internet zu einem Massenmedium wird, desto stärker gleichen sich die Strukturen politischer Online-Öffentlichkeiten den Strukturen herkömmlicher massenmedialer Öffentlichkeiten an.*

Die soziale Aneignung einer neuen Technologie verläuft schrittweise und reflektiert in ihrer Ausgestaltung die Interessen der jeweils dominanten Nutzergruppe. Wie die Entwicklungsgeschichte des Internet zeigte (Abschnitt 4.2), wurde es in seinen Anfängen in erster Linie zu wissenschaftlichen Zwecken verwendet. Seine Diffusion in andere

---

<sup>187</sup> So fallen die Positionen gegenüber Genfood, die über Suchmaschinen gefunden werden, deutlich kritischer aus, wenn man mit dem Begriff ‚genmanipuliert‘ sucht, als wenn man den Begriff ‚genverändert‘ verwendet.

gesellschaftliche Bereiche hinein gestaltete sich wie bei allen neuen Medien schrittweise. Nach und nach wurden immer mehr unterschiedliche soziale Schichten einbezogen. So lange es sich nur um elitäre Gruppen – technisch versiert, ökonomisch gut gestellt oder politisch interessiert – handelt, wird sich Online-Öffentlichkeit vor allem entsprechend der Interessen dieser Gruppen gestalten. Je mehr sich das Internet jedoch in einer Gesellschaft als Massenmedium durchsetzt, umso mehr werden sich auch die Strukturen von massenmedialen Online-Öffentlichkeiten an die Strukturen herkömmlicher massenmedialer Öffentlichkeiten angleichen, weil beide die gleichen Interessen bedienen. Da die Internetnutzung in allen hier untersuchten Ländern auf einem – zumindest im weltweiten Vergleich – relativ ähnlich hohen Niveau ausgeprägt ist, lässt sich diese Hypothese anhand der erhobenen Daten nicht überprüfen. Notwendig wäre ein Vergleich mit Ländern, in denen das Internet noch nicht als Massenmedium verbreitet ist. Dabei wäre zu erwarten, dass sich aus den dargelegten Gründen die Aufmerksamkeitsstrukturen zwischen Online- und Offline-Öffentlichkeiten deutlich stärker unterscheiden als in Ländern, in denen das Internet von einem großen Teil der Bevölkerung verwendet wird.

Eine weitere Hypothese, die sich aus der empirischen Untersuchung ableiten lässt, betrifft das Potential des Internet, die Strukturen innerhalb des Systems massenmedialer Öffentlichkeit zu verändern und damit sozialen Wandel zu befördern:

- *Das Internet kann einen Wandel von Öffentlichkeit nicht aus sich selbst heraus einleiten, sondern sozialen Wandel nur widerspiegeln und unter bestimmten Bedingungen befördern. Allerdings werden Online-Öffentlichkeiten sozialen Wandel schneller reflektieren als herkömmliche massenmedial vermittelte Öffentlichkeiten.*

Wenn herkömmliche massenmediale Öffentlichkeiten die Wirklichkeit nicht willkürlich verzerren, sondern reale Machtverhältnisse im politischen Prozess abbilden, ist nicht damit zu rechnen, dass massenmediale Online-Öffentlichkeiten, die durch die politischen Akteure selbst konstituiert werden, zu einer stärkeren demokratischen oder europäisierten Form von Öffentlichkeit beitragen. Anders formuliert: Wenn sich die politischen Machtverhältnisse als solche nicht verändern, ändert sich auch nicht ihre Darstellung in massenmedialen Öffentlichkeiten – unabhängig davon, ob sich diese über herkömmliche Medien oder über das Internet konstituieren. Zivilgesellschaftliche Akteure werden dann eine größere Rolle in medialen Öffentlichkeiten spielen, wenn sie einen stärkeren politischen Einfluss ausüben und damit den Nachrichtenfaktoren ‚Macht‘ oder ‚Prominenz‘ entsprechen. Dabei können zivilgesellschaftliche Akteure diese Macht wenigstens temporär durchaus selbst erzeugen. Ein



Beispiel unter vielen sind hier die zum Teil transnational organisierten globalisierungskritischen Bewegungen. Durch die Organisation und Durchführung groß angelegter Protestereignisse (wie z.B. Seattle 1999 oder Genua 2001) haben sie sich – zumindest für einen gewissen Zeitraum – durchaus eine bemerkenswerte Präsenz in der massenmedialen Öffentlichkeit verschafft. Die anderen politischen Akteure sind nicht mehr umhin gekommen, sie zeitweise als ernstzunehmende Größe im politischen Prozess anzuerkennen.

Dass zivilgesellschaftliche transnationale Akteure auf der Ebene der EU in massenmedialen Online- als auch Offline-Öffentlichkeiten keine Rolle spielen, dürfte somit weniger auf eine bewusste Ausgrenzung dieser Akteure durch andere politische Akteure oder die Medien zurückzuführen sein als vielmehr auf ihre faktisch geringe Bedeutung im politischen Prozess. Da anderen transnationalen zivilgesellschaftlichen Akteuren, die nicht der Ebene der EU zuzurechnen sind, online und offline deutlich mehr massenmediale Aufmerksamkeit entgegengebracht wird, ist nicht anzunehmen, dass sich dieses Problem für alle transnational organisierten zivilgesellschaftlichen Akteure stellt, sondern dass es sich primär um ein spezifisches Problem der EU handelt.

In dieser Arbeit wurde nur von demokratischen Gesellschaften ausgegangen. In autoritären Gesellschaften dürfte Online-Öffentlichkeiten eine andere Bedeutung in Bezug auf ihr demokratisches Potential zukommen. Hier wäre zu erwarten, dass sich Online-Öffentlichkeiten deutlich von den herkömmlichen massenmedialen Öffentlichkeiten unterscheiden – zumindest solange, wie keine effektive Zensur im Internet von Seiten der politischen Machthaber ausgeübt wird. In autoritären Gesellschaften ist massenmediale Öffentlichkeit nicht den Deutungs- und Aushandlungsprozessen zwischen den politischen Akteuren, den Bürgern und den Medien unterworfen, sondern wird in den meisten Fällen durch linientreue Medien im Sinne der politischen Machthaber hergestellt. Die Medien bilden so zwar zum einen die realen autoritären Machtverhältnisse ab; zum anderen befriedigen sie jedoch höchstwahrscheinlich nicht das Informationsbedürfnis der Mehrzahl der Bürger und der kollektiven zivilgesellschaftlichen Akteure. Eine Kontrolle des politischen Zentrums ist nicht möglich und Legitimation, Responsivität und Verantwortlichkeit desselben werden nicht ausreichend in der herkömmlichen massenmedialen Öffentlichkeit verhandelt. Diese eröffnet zudem kaum Partizipationsmöglichkeiten seitens der Bürger. Hier wäre zu erwarten, dass Online-Öffentlichkeiten als Korrektiv fungieren können und sich dementsprechend die

Strukturen deutlich von denen der herkömmlichen massenmedialen Öffentlichkeiten unterscheiden. Dadurch könnten wiederum soziale Kräfte mobilisiert werden, die in der Lage wären, eine Veränderung der politischen Machtverhältnisse zu erzwingen. Die weitere Erforschung des demokratischen Potentials von Online-Öffentlichkeiten sollte sich somit nicht nur auf demokratische Gesellschaften konzentrieren. Sie sollte gerade auch ihre Rolle in nicht-demokratischen Gesellschaften untersuchen.

Die Annahme, dass Online-Öffentlichkeiten sozialen Wandel schneller widerspiegeln als herkömmliche massenmedial vermittelte Öffentlichkeiten beruht auf dem Charakter sozialen Wandels. Sozialer Wandel äußert sich meist in einem schleichenden Prozess, der häufig erst nach einiger Zeit sichtbar und von den involvierten Akteuren als solcher erkannt wird. Da herkömmliche massenmediale Öffentlichkeiten auf institutionalisiertem journalistisch-reflexivem Handeln gründen, wird ein sozialer Wandel seine Konsequenzen also mit einer gewissen Zeitverzögerung zeigen. Massenmediale Online-Öffentlichkeiten konstituieren sich hingegen nicht in einem vergleichbar institutionell eingegrenzten Rahmen – wie einer Zeitung, einem Radio- oder Fernsehsender – sondern aus einer Vielzahl von Handlungen einzelner Akteure, die in der Summe einen sozialen Wandel schneller sichtbar werden lassen können.

Alle getroffenen Annahmen beziehen sich ausschließlich auf die hier untersuchten Formen von Online-Öffentlichkeit und nicht auf das gesamte Internet, das beispielsweise als Medium direkter Bürgerbeteiligung oder der internen und externen Organisation insbesondere ressourcenschwacher zivilgesellschaftlicher Akteure durchaus bedeutende gesellschaftliche Folgen zeitigen kann. In Bezug auf das demokratische und grenzüberschreitende Potential von massenmedialen Online-Öffentlichkeiten ist jedoch festzuhalten, dass im Vergleich zu herkömmlichen massenmedial vermittelten Öffentlichkeiten weder von einer Demokratisierung noch von einer forcierten Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten durch das Internet auszugehen ist – zumindest so lange nicht, wie sich kein entsprechender Wandel auf der politischen Ebene vollzieht.